

Evangelische Forschungsakademie

Gert Pickel

Wandel der Arbeitswelt – Arbeitslosigkeit als Dauerproblem?

Vortrag auf der 120. Tagung der Evangelischen Forschungsakademie
„Zukunft der Arbeitswelt – Arbeitswelt der Zukunft“

Berlin, Hotel „Dietrich-Bonhoeffer-Haus“, 4. Januar 2008

Dr. Gert Pickel

*Universität Leipzig, Professur für Religionssoziologie
Fakultät für Theologie – Institut für Praktische Theologie (Lehrstuhlvertretung)
Otto-Schill-Straße 2, 04109 Leipzig
pickel@rz.uni-leipzig.de*

*Europa-Universität Viadrina
Kulturwissenschaftliche Fakultät
Große Scharnstraße 59, 15230 Frankfurt (Oder)
pickel@euv-frankfurt-o.de*

1. Einleitung

Eine seit Jahrzehnten geführte Diskussion beschäftigt sich mit den immer wieder neuen Szenarien der Arbeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt. Zumeist werden dabei die Erfahrungen der späten 1960er Jahre, mit der damals vorherrschenden Vollbeschäftigung als Vergleichsmaßstab herangezogen und die deutliche Abweichung der aktuellen Lage gegenüber diesem „Idealzustand“ bedauert. Von anderer Seite (Beck 2000: 7-9; Vobruba 1998) wird auf das prinzipielle *Ende der Vollzeitbeschäftigungsgesellschaft* verwiesen, welches den Rahmen der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes darstelle. Für diese Situation sei ein ganzes Bündel an Gründen aufzuführen, in denen die „Schuld“ teils den Individuen selbst zugewiesen wird, teils gesellschaftliche Bedingungsfaktoren für den aktuellen Zustand verantwortlich gemacht werden. Die zuerst genannte Argumentation rekurriert auf die „individualisierte“ Selbstverantwortung des Arbeitnehmers in einer marktwirtschaftlichen Leistungsgesellschaft. So wird insbesondere auf die Diskrepanz zwischen dem *Flexibilität* und *Mobilität* fordernden modernen Arbeitsmarkt und den noch in relativ traditionellen Strukturen verhafteten Erwerbstätigen verweisen. Der zweite Ursachenkomplex bezieht sich auf die *strukturellen Veränderungen*, die auf dem Arbeitsmarkt stattgefunden und zu einem Wandel der Arbeitswelt beigetragen haben.

Die für die Zukunft daraus zu folgenden Perspektiven unterscheiden sich entsprechend der eingenommenen Standpunkte: Gehen eher wirtschaftsliberale Kreise von einer hohen Funktionstüchtigkeit der Arbeitsgesellschaft und Marktwirtschaft aus, die letztendlich die immer wieder einmal auftretenden Krisen am Arbeitsmarkt überwinden dürfte, so identifizieren die soziologischen Gesellschaftsdiagnostiker eine *permanente soziale Ungleichheit* in der Gesellschaft, die diese, wenn schon nicht in Drittel, dann doch zumindest in ungleich am Wohlstand der Marktwirtschaft partizipierende Gruppen teilen wird. Die soziale Schere geht auseinander, und auch die Risiken des Arbeitsmarktes sind ungleich verteilt.

Diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt blieben für die Individuen nicht folgenlos. Massenarbeitslosigkeit, Gefährdungen und Unsicherheiten des Lebensweges und finanzielle Einschränkungen gehören für viele Menschen zum Alltagsleben. Dabei sind nicht alle Deutschen in gleicher Weise von diesen Entwicklungen betroffen. Bestehen für Personen mit einer besseren Qualifikation und Ausbildung häufig gar nicht so ungünstige Möglichkeiten dem Wandel der Arbeitswelt zu begegnen, wird der Arbeitsmarkt für die weniger gut qualifizierten Teilnehmer am Erwerbsleben immer enger und risikobelasteter. Auch wirkt sich die *soziale Ungleichheit des Zugangs zum Arbeitsmarkt* durch gleichzeitige Ungleichheiten in den finanziellen Möglichkeiten für die sowieso schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen verschärfend aus. Arbeitslosigkeit wird damit zum Kernfaktor sozialer *Armut* und sozialem Abstieg.

Diese Entwicklungen haben nicht nur objektive Folgen, sondern wirken sich zudem in beachtlichem Umfang auf die *Mentalitäten* der Betroffenen aus. So sinken die Hoffnungen auf eine positive Zukunft mit immer wieder kehrender Arbeitslosigkeit genauso, wie sich insgesamt ein Klima verstärkter Unsicherheit in großen Teilen der deutschen Bevölkerung verbreitet. Die daraus entstehenden politischen Handlungsfolgen der (Wahl)Bürger sind absehbar. Es ergibt sich eine steigende Unzufriedenheit mit den politischen Entscheidungsträgern, die zu einer zunehmenden Distanz zum politischen System und zu politischen Prozessen führt (Stichwort „*Politikverdrossenheit*“).

Um einen Einblick in diese Wandlungsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Individuen etwas näher zu beleuchten, möchte ich die folgenden vier Punkte aufgreifen und einer empirischen Betrachtung unterziehen:

(1) Die erste Frage ist, *welche Zukunftsperspektiven die Arbeitsgesellschaft überhaupt noch besitzt?* Diese Frage zielt auf die Verschiebungen der Anforderungen an die Arbeitnehmer, durch den Wandel der Arbeitswelt – also den Strukturwandel. Empirisch leitet sich daraus die Frage nach der strukturellen Entwicklung des Arbeitsmarktes ab.

(2) Auf die Beschreibung dieses Strukturwandels folgend, stellt sich die Frage, *inwieweit Arbeitslosigkeit für größere Bevölkerungsgruppen zu einem dauerhaften Zustand wird*, der teilweise für die

modernen Gesellschaften konstitutiven Charakter einnimmt? Hier ist ein genauerer Blick auf die derzeitige Situation und Entwicklung der Erwerbs- und Arbeitslosigkeit angebracht.

(3) Bereits beim vorangegangenen Punkt wurde deutlich, dass es sich um ein Phänomen handelt, welches sowohl die Makroebene der Gesellschaft als auch die Mikroebene der Individuen betrifft. Hier sind die ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Lebensstile zu behandeln. *Ist Arbeitslosigkeit nun ein Phänomen, welches jeden in gleicher Weise betreffen kann?*

(4) Zuletzt geht es noch einmal darum das Individuum ins Zentrum der Betrachtungen zu rücken. *Welche objektiven und subjektiven Folgen entstehen für das Alltagsleben der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen?*

2. Der Wandel der Arbeitswelt

Beginnen wir mit dem strukturellen Wandel des Arbeitsmarktes. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Arbeitswelt und damit die Umfeldbedingungen der Beschäftigung weitgehend verändert. Dies wird deutlich, blickt man auf die Verschiebung der *sektoralen Beschäftigungsstrukturen* (Abb. 1). So findet sich eine langfristige Verschiebung weg vom primären Sektor der Landwirtschaft oder dem Produktverarbeitenden Gewerbe (sekundärer Sektor) hin zum tertiären Sektor der Dienstleistungen – und dies in beiden Teilen Deutschlands. Der Strukturwandel in Ostdeutschland hat nach dem Umbruch eine Beschleunigung dieses Prozesses erbracht. Über zwei Drittel der Ostdeutschen sind mittlerweile (2004) im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Damit findet sich dort ein grundsätzlicher Strukturbruch nach der Wiedervereinigung, der die Verhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland faktisch ausgeglichen hat. Dabei bestätigt sich der ungebrochene Trend in Richtung einer sich ausweitenden Dienstleistungsgesellschaft.

Abb. 1: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren

	1950	1960	1970	1980	1989	1992	2000	2004
<u>Westdeutschland</u>								
Primärer Sektor	25	13	9	5	3,7	3,4	2,5	2,2
Sekundärer Sektor	42	48	48	45	41	40	34	31
Tertiärer Sektor	33	39	43	49	55	56	64	66
<u>Ostdeutschland</u>								
Primärer Sektor	31	17	13	11	11	5	3,6	2,4
Sekundärer Sektor	43	49	51	52	50	38	31	28
Tertiärer Sektor	27	34	36	38	40	57	65	69

Quelle: Geißler 2006: 165.

Die Folgen für die Arbeitnehmer sind absehbar, es ergibt sich eine massive *Verschiebung im Arbeitskräftebedarf*. Auf der einen Seite werden immer weniger manuelle („blue collar“) Arbeiter benötigt, auf der anderen Seite steigt die Zahl derer, die sich auf dem Dienstleistungsmarkt nach einer Beschäftigung umsehen müssen. Damit finden wir einen veränderten Arbeitsmarkt vor, welcher andere Berufsqualifikationen und Berufsausrichtungen als noch in den 1970er Jahren erfordert. Dies wird auch erkennbar, wenn man die Erwerbstätigen nach ihren Berufsgruppen unterteilt betrachtet (Abb. 2). Es findet sich ein kontinuierlicher Rückgang der Arbeiterschaft zugunsten der Angestellten und Selbständigen in Westdeutschland. In Ostdeutschland zeigt sich wie bereits in Abbildung 1 eine recht zügige Anpassung an die Strukturen in den alten Bundesländern. Dabei bleiben die geschlechtsspezifischen Differenzen interessanterweise überwiegend erhalten.

Begleitet und auch ausgelöst werden diese für eine *Modernisierung* des Arbeitsmarktes stehenden Veränderungen durch eine Vielzahl an Prozessen. So finden sich *Rationalisierungs- und Globalisierungsprozesse*, die nicht unwesentlich in der steigenden internationalen Verzahnung und Öffnung des Arbeitsmarktes begründet liegen. Vermehrt suchen sich Erwerbstätige ihre Beschäftigung außerhalb Deutschlands und stehen umgekehrt mit anderen europäischen Arbeitskräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt in Konkurrenz. Verlagerungen von Betrieben ins Ausland verschieben zusätzlich die Struktur des Arbeitsmarktes. So werden überwiegend Arbeitsplätze, die niedrigere Qualifikationen erfordern, ausgelagert, während Tätigkeiten für Fachkräfte bleiben. Ebenfalls dem Faktor Globalisierung zuzuschreiben ist die stärkere konjunkturelle Abhängigkeit der nationalen Ökonomie von der Weltwirtschaft. Damit wird bereits an dieser Stelle erkennbar, dass der Wandel des Arbeitsmarktes nicht die ganze Bevölkerung in gleicher Art und Weise trifft. Vielmehr kommt es zu einer *selektiven Belastungssteigerung* für bestimmte Berufs- und Qualifikationsgruppen.

Abb. 2: Erwerbstätigkeit nach Berufsgruppe in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

M: Männer, F: Frauen

	1993		1998		2004	
	M	F	M	F	M	F
<u>Westdeutschland</u>						
Arbeiter	43,4	24,9	42,3	23,7	39,2	21,5
Angestellte	34,5	61,2	36,4	63,2	39,1	64,6
Selbständige	11,6	5,7	12,7	6,4	13,9	7,0
Beamte	10,0	4,9	8,2	4,7	7,3	5,0
Mithelfende Familienangehörige	0,4	3,3	0,4	1,9	0,5	1,9
<u>Ostdeutschland</u>						
Arbeiter	56,6	24,2	40,0	23,6		
Angestellte	32,0	70,6	37,6	62,2		
Selbständige	8,1	4,4	13,2	6,7		
Beamte	3,1	0,6	8,8	5,3		
Mithelfende Familienangehörige	0,0	0,3	0,5	2,3		

Quelle: Datenreports 1994, 1999, 2006: 95.

Hierzu trägt auch die nächste zentrale Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung, die der *Technisierung* bei. Die Rationalisierung der Arbeitsprozesse, ebenfalls ein Kernphänomen gesellschaftlicher Modernisierung, führt überwiegend zu einer „Vernichtung der manuellen Arbeit“. Zusammen mit dem sozialstrukturellen Begleitprozess der *Bildungsexpansion* und den angesprochenen Entwicklungen der Globalisierung führt dies zu einer *Qualifikationsverschiebung* auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Immer häufiger werden technisch versierte Bediener komplexer Geräte benötigt und immer weniger Arbeiter, die manuelle Tätigkeiten verrichten. Dies öffnet eine Schere auf dem Arbeitsmarkt – die zwischen besser Qualifizierten und weniger gut Qualifizierten. Bestehen für erstere gute Möglichkeiten auf eine Beschäftigung in In- und Ausland, so reduzieren sich die Chancen für die zweite Gruppe stetig. Zwar wird durch den Fahrstuhleffekt der durchschnittlich gestiegenen Bildung diese Gruppe in sich kleiner, sie gerät aber zunehmend in Konkurrenz mit den besser Qualifizierten um die bislang für sie erreichbaren Arbeitsplätze, was ihre Verdrängung an den Rand der Gesellschaft auslöst.

Aber nicht nur berufliche, sondern auch räumliche Mobilität wird verstärkt von den Arbeitnehmern eingefordert. Durch Konzentrationsbestrebungen finden sich viele Firmen an wenigen Standorten, was *regionale Ungleichverteilungen* genauso wie eine *höhere Mobilitätsbereitschaft* der Arbeitnehmer zur Folge hat. Und diese Bereitschaft wird immer mehr notwendig, finden wir doch eine erhöhte Arbeitsstellennachfrage vor. So erreichte 2007 die Zahl der Erwerbstätigen einen vorläufigen Höchststand seit 1990, was insbesondere auf die stetig steigende Frauenbeschäftigungsquote zurückzuführen sein dürfte. Dieser gelang es den gegenläufig gerichteten Trend des, die Arbeitsnachfrage reduzierenden, de-

mographischen Wandels bislang mehr als auszugleichen und den Arbeitsmarkt damit vor die Aufgabe zu stellen, eine immer größere und wachsende Zahl an Erwerbssuchenden aufnehmen zu müssen.

Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Entwicklungsprozesse lassen sich nun die Anforderungsprofile skizzieren, die der Arbeitsmarkt an die Arbeitnehmer stellt.

- Eine hohe berufliche Flexibilität und Mobilität (z.B. durch Umschulungen und Fortbildungsmaßnahmen)
→ *Pluralisierung der Fähigkeiten*
- Eine generelle Offenheit der Erwerbssuchenden für räumliche Mobilität verbunden mit der Bereitschaft zur Arbeitsmigration
→ *Wanderungsoffenheit und Ortsunabhängigkeit*
- Die Bereitschaft zum Erwerb höherer beruflicher und Bildungsqualifikationen, da mittlerweile höhere Qualifikationsprofile für Arbeitsplätze erwartet werden, die früher mit geringer Qualifizierten besetzt waren
→ *Qualifikationsverdrängung*
- Ein individueller und eigenverantwortlicher Umgang mit der Gefahr der Arbeitslosigkeit und den Phasen der Arbeitslosigkeit bei eigenständiger sozialer und ökonomischer Absicherung gegen dieses Risiko.
→ *Individualisierung des Risikos*

Diese Anforderungen belegen nun die doch bedeutende Betroffenheit des Einzelnen von den strukturellen Prozessen. Es handelt sich also bei Arbeitslosigkeit um ein sowohl gesellschaftliches als auch individuelles Problem. Betrachten wir uns dies im nächsten Abschnitt etwas genauer.

3. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Das zentrale Diskussionsthema der aktuellen Arbeitsmarktdiskussion stellt die *Arbeitslosigkeit* dar. Mit fast überwältigender Mehrheit wird diese sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern *als das zentrale Problem der Gesellschaft(en)* benannt. Bereits seit über einem Jahrzehnt sticht dieses Problem alle anderen Schwierigkeiten in der Wahrnehmung der Bürger aus. Damit wird bereits deutlich, welche Problematik in diesem sozialen Zustand für das Individuum liegt. Die Schwierigkeit mit dem Zustand Arbeitslosigkeit besteht nun nach Ansicht verschiedener Experten darin, dass sie sich für die modernen Industriegesellschaften als *quasi unvermeidlich* herauskristallisiert. Nicht umsonst wird vielerorts sogar von einem „*Ende der Vollzeitbeschäftigungsgesellschaft*“ (Beck 2000: 8) gesprochen. Werfen wir zuerst einmal einen Blick auf die objektive Verbreitung der Arbeitslosigkeit. Wie Abb. 3 zeigt, handelt es sich bei Arbeitslosigkeit um kein regional oder national begrenztes sondern europaweites Problem. Möglicherweise kann es sogar als das universale Problem von Marktwirtschaften angesehen werden.¹

Abb. 3: Arbeitslosenquoten im europäischen Vergleich

	1996	2000	2003	2006
Belgien	8,3	6,9	8,2	8,2
Dänemark	5,1	4,3	5,4	3,9
<i>Deutschland</i>	8,4	7,5	9,3	9,8
Estland	10,9	12,8	10,0	5,9
Finnland	11,3	9,8	9,0	7,7
Frankreich	10,4	9,1	9,5	9,5
Griechenland	10,7	11,2	9,7	8,9
Irland	7,2	4,2	4,7	4,4

¹ So weichen sozialistische Arbeitsmärkte dem Beschäftigungsproblem zwar aus, handeln sich aber durch ihre plangesteuerte Verteilung der Arbeitsplätze andere Probleme (ökonomische Ineffektivität) ein.

Italien	10,7	10,1	8,4	6,8
Lettland	15,1	13,7	10,5	6,8
Litauen	12,3	16,4	12,4	5,6
Luxemburg	2,5	2,3	3,7	4,7
Niederlande	3,8	2,8	3,7	3,9
Österreich	4,1	3,6	4,3	4,7
Polen	13,5	16,1	19,6	13,8
Portugal	5,3	4,0	6,3	7,7
Schweden	7,5	5,6	5,6	7,1
Slowakei	15,1	18,8	17,6	13,4
Slowenien	6,9	6,7	6,7	6,0
Spanien	13,9	11,1	11,1	8,5
Tschechische Republik	7,4	8,7	7,8	7,1
Ungarn	7,7	6,4	5,9	7,5
Zypern	3,8	4,9	4,1	4,6
Großbritannien	6,2	5,3	4,9	5,3

Quelle: EUROSTAT/OECD.

Auch wenn sich (teils erhebliche) Schwankungen in den Arbeitslosenquoten feststellen lassen, wird eines doch ersichtlich – das imaginäre Ziel der Vollbeschäftigung scheint in keinem europäischen Land mehr erreichbar zu sein. Arbeitslosigkeit stellt ein stabiles Problem moderner europäischer Gesellschaften dar. Dieser Befund steht dabei nicht im Gegensatz zu gelegentlich – und dies gerade in jüngster Zeit – auffindbaren Tendenzen sinkender Arbeitslosenquoten. Der vergleichende Blick auf die europäische Entwicklung zeigt eindrucksvoll, dass es sich in erster Linie um *konjunkturelle Zyklen* handelt, denen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa ausgesetzt ist. Diese reflektieren die Effekte der ökonomischen *Globalisierung*, welche sich aus den mannigfaltigen Verflechtungen der Weltwirtschaft ergeben. Die so entstandenen Abhängigkeiten führen fast unweigerlich – und auch oft relativ unabhängig von ökonomischen Maßnahmen der Einzelstaaten – zu den konjunkturellen Schwankungen, wie sie in Abbildung 3 zu beobachten sind. Einzig die Wirkungen können von Land zu Land zeitlich verzögert auftreten. Die in einigen Ländern (Niederlande) noch moderaten Arbeitslosenquoten werden zudem oft noch durch eine *gestiegene Teilzeitarbeit* und *Ausweitungen des Niedriglohnssektors* erkauft, was neue Probleme aufwirft, wie noch anzusprechen sein wird. Dies trifft auch für die osteuropäischen Staaten zu, in denen in den letzten Jahren eine durchgehend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu konstatieren ist. Sie ist, aufgrund der dort extrem schwachen sozialen Sicherheitssysteme und einem Ausbau von Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor, keinesfalls als Vorbild für die westeuropäischen Gesellschaften zu verstehen.

Die deutsche Entwicklung sticht in diesem europäischen Vergleich nicht positiv hervor. Waren bis 2003 die Werte noch eher im Mittel der europäischen Staaten, so erreichte der konjunkturelle Wirtschaftsaufschwung der Weltwirtschaft Deutschland erst verspätet. Hier setzten mit den anderen europäischen Ländern vergleichbare Entwicklungen erst 2007 ein, was die deutsche Arbeitslosenquote von 2006 als besonders ungünstig erscheinen lässt. Doch auch bei den neuesten Zahlen liegt Deutschland im europäischen Vergleich im vorderen Mittelfeld, was ihre Erwerbslosenquoten angeht. Erkennbar ist, dass seit den „goldenen“ 1960er Jahren sich das Phänomen der Arbeitslosigkeit in Deutschland immer weiter ausgedehnt hat. Eine zusätzliche Verschärfung erlebte diese Entwicklung in der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung. So ist seit 1990 eine nahezu *stetige Zunahme der Arbeitslosenquoten* – auch trotz statistischer Korrekturen und Umstellungen zum Zeitpunkt 1994 – zu bemerken, welche nur um die Jahrtausendwende und in jüngster Zeit kurzzeitig gebrochen wurden.²

² Zusätzlich ist zu bedenken, dass in der Regel ein Fünftel der Beschäftigten Zeitarbeitsverträge besitzen.

Abb. 4: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in West- und Ostdeutschland

	1991	1993	1995	1996	1997	1999	2000	2001	2002	2004	2005	2006	2007	Nov. 2007
West	6,3	8,2	9,3	10,1	11,0	9,9	8,7	8,0	8,5	9,4	11,0	10,0	8,2	7,5
Ost	10,3	15,8	14,9	16,7	19,5	19,0	19,0	18,8	19,2	20,1	20,6	18,6	16,4	15,0
Gesamt	7,3	9,8	10,4	11,5	12,7	11,7	10,7	10,3	10,8	11,7	13,0	11,8	9,9	9,0
Differenz	-4,0	-7,6	-5,6	-6,6	-8,5	-9,1	-10,3	-10,8	-10,7	-10,7	-9,6	-8,6	-8,2	-7,5
Migration West-Ost in 1000	-214	-53	-25	-14	-11	-44	-61	-91	-77	-52	-49	-54	/	/

Quelle: Datenreports 1994, 1998, 2002, 2004, 2006; EWL = Erwerbslosenquote (4 Wochen vor Befragung aktiv Arbeitsplatz gesucht) Datenreport 2006: 85; Daten 2007 aus aktueller Arbeitsmarktstatistik.

Dabei findet sich eine klare *Differenz zwischen den neuen und den alten Bundesländern*. Diese regionale Disparität zeigt Abbildung 4. So hat sich im Laufe der Jahre die Distanz zwischen West- und Ostdeutschland stetig vergrößert, zumindest bis 2001. Zwischen 2000 und 2004 lag die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern Deutschlands in der Regel um mehr als zehn Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern. Erst in jüngster Zeit begann sich die Distanz zwischen beiden Regionen wieder etwas zu verringern. Diese Diskrepanz ist umso aussagekräftiger, wenn man die Reduktion der Erwerbssuchenden auf dem Gebiet Ostdeutschlands und die nicht geringe *Arbeitsmarktmigration* von Ost nach West berücksichtigt. So sollten diese Wanderungen doch die West-Ost-Differenz – im Sinne marktwirtschaftlichen Ausgleichs – reduzieren. Es findet sich seit 1991 ein stetiger Migrationsfluss von Ostdeutschland nach Westdeutschland (Abb. 4), der zwar einen Gegenstrom besitzt, dieser fällt aber in allen Jahren wesentlich geringer aus als die Abwanderungsquote aus den neuen Bundesländern. Insgesamt verlor Ostdeutschland zwischen 1991 und 2004 ca. eine 1.000.000 Bürger. Besonders problematisch daran ist, dass es sich bei den Arbeitsmigranten aus Ostdeutschland überwiegend um besser ausgebildete und jüngere Menschen handelte (Geißler 2006: 65).

Blickt man auf die Verteilung der Arbeitslosigkeit über die Bundesländer (Abb. 5), werden auch Disparitäten in der Verteilung der Arbeitslosigkeit *innerhalb Ostdeutschlands* erkennbar. So sind Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin die Schlusslichter, wenn es um die Beschäftigung geht. Allerdings ist die Situation in den anderen ostdeutschen Bundesländern nur unwesentlich besser einzuschätzen. Innerhalb Westdeutschlands ist es einzig Bremen, welches eine vergleichbar ungünstige Arbeitsmarktsituation aufweist.

Abb. 5: Arbeitslosigkeit nach Bundesländern

	1993	1997	1999	2002	2004	2005	Nov. 2007
Baden-Württemberg	6,3	8,7	7,3	6,1	6,9	7,8	4,9
Bayern	6,4	8,7	7,4	6,9	7,9	8,9	5,1
Bremen	12,4	16,8	15,8	13,7	14,4	18,3	13,0
Hamburg	8,6	13,0	11,7	10,2	11,0	12,9	9,6
Hessen	7,0	10,4	9,4	7,8	9,1	10,9	7,6
Niedersachsen	9,7	12,9	11,5	10,2	10,6	13,0	9,0
Nordrhein-Westfalen	9,6	12,2	11,2	10,1	11,2	13,2	9,6
Rheinland-Pfalz	7,5	10,3	9,1	8,0	8,6	9,8	6,5
Saarland	11,2	13,6	11,9	9,9	10,0	11,7	8,5
Schleswig-Holstein	8,3	11,2	10,6	9,8	11,1	13,0	8,7
Brandenburg	15,3	18,9	18,7	19,1	20,4	19,9	14,7
Mecklenburg-Vorpommern	17,5	20,3	19,4	20,0	22,1	22,1	16,1
Sachsen	14,9	18,4	18,6	19,3	19,4	20,0	14,6
Sachsen-Anhalt	17,2	21,7	21,7	20,8	21,7	21,8	15,6
Thüringen	16,3	19,1	16,5	17,2	18,1	18,6	12,6
Berlin	13,7	17,3	17,7	18,9	19,8	21,5	16,2

Quelle: Datenreport 1994: 93-94; 1999: 102; 2002: 103; 2004: 114; 2006: 106; aktuelle Arbeitsmarktstatistiken.

Die Einbindung in den Arbeitsmarkt ist somit in Deutschland (und auch in Europa) regional höchst unterschiedlich verteilt. Es findet sich sowohl ein Ost-West- als auch ein Nord-Süd-Gefälle. Erscheinen in Ostdeutschland ganze Gebiete hinsichtlich ihres Berufsangebotes abgehängt (Arbeitslosenquote 2005: 20,6 Prozent), so fehlen in Süddeutschland teilweise Arbeitnehmer (Arbeitslosenquote 2005: 8,5 Prozent). Diese Ungleichverteilung hat nicht nur – wie oben angeführt – erhebliche dauerhafte Migrationsströme innerhalb Deutschlands zufolge, sie führt auch zu einer schwer ermittelbaren *temporären Mobilität von Ost nach West* (Berufspendler). Die Folge sind erhebliche sozialstrukturelle Umbrüche, verlieren doch viele Gebiete Ostdeutschlands gerade jüngere und aktive Bevölkerungsanteile. Anzumerken ist noch, dass die Differenzen zwischen den Bundesländern trotz der jüngeren Entwicklungen abnehmender Arbeitslosenquoten strukturell erhalten bleiben.

Damit noch einmal kurz zur aktuellen Entwicklung. Sowohl in Abbildung 4 als auch in Abbildung 5 wird der *jüngste Trend* rückgängiger Arbeitslosenquoten erkennbar, welcher in den Medien nicht selten als Erfolg politischer Maßnahmen vermittelt wird. So erfreulich diese Entwicklung ist, darf daraus weder auf eine längerfristige Entspannung am Arbeitsmarkt noch auf eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit geschlossen werden. Vielmehr ist innerhalb eines begrenzten Zeitraums wieder mit einem Anstieg der Arbeitslosenquoten zu rechnen, da sich konjunkturelle Zyklen üblicherweise abwechseln. Ein Beispiel für eine solche Entwicklung stellt die Zeit zwischen 1999 und 2005 dar, als 2001 bereits einmal eine deutliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt konstatiert werden konnte. Diese mündete in der Folge 2005 in der bislang höchsten Zahl an Arbeitslosen, die in Deutschland gemeldet waren. Zur Erklärung ist dabei noch einmal darauf zu verweisen, dass die deutsche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt recht zwangsläufig dem weltwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung – oder dann auch –abschwung folgt. Dies bedeutet allerdings auch gleichzeitig, dass die ordnungspolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung oft nur in geringerem Umfang in der Lage sind, diese Prozesse tiefer gehend zu beeinflussen.

Als besonders problematisch erweist sich, dass Arbeitslosigkeit oft kein temporäres Phänomen mehr darstellt. Arbeitslose sind nicht nur mehr Arbeitslose auf Zeit, sondern häufig auf Dauer. Darauf deuten steigende Zahlen von *Langzeitarbeitslosen* hin. Immerhin 40 Prozent der Arbeitslosen (oder 1,8 Mio.) in Deutschland sind seit 2005 bereits über ein Jahr ohne Beschäftigung. Dabei finden sich keine wesentlichen Differenzen in den Quoten zwischen West- und Ostdeutschland. Allerdings muss man mit Blick auf Abbildung 6 bedenken, dass die vergleichbaren 41 Prozent Langzeitarbeitslose in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der generell höheren Arbeitslosigkeit dort bewertet werden müssen. Dies zeigt sich in der absoluten Zahl der Langzeitarbeitslosen, die in Ostdeutschland über 50 Prozent der westdeutschen Zahl annimmt.

Abb. 6: Langzeitarbeitslose in West- und Ostdeutschland

	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2004	2005	2006	2007
<u>Westdeutschland</u>											
In Tausend	455	594	828	1004	910	729	857	1013	990	1117	866
Anteil an Gesamt-Arbeitslosen (%)	27	27	34	36	37	32	32	35	33	41	39
<u>Ostdeutschland</u>											
In Tausend	304	396	344	462	489	525	674	704	720	585	472
Anteil an Gesamt-Arbeitslosen (%)	25	34	30	30	32	35	43	44	40	41	41

Quelle: Geißler 2006: 213, 224; Langzeitarbeitslose in Tausend; Prozentanteil an Gesamtarbeitslosen; ergänzt durch Zahlen der aktuellen Arbeitsmarktstatistik.

Diese Entwicklung wird begleitet durch eine Verengung der für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt offenen Stellen und durch eine Verschärfung der Situation aufgrund marktwirtschaftlicher Erfordernisse. D.h. bei gleichzeitig begrenzter Nachfrage und einem hinreichenden Angebot an Arbeitsplatzsuchenden im *Niedriglohnsektor* können es sich Unternehmen erlauben die *Lohnstrukturen* kontinuierlich zu drücken bzw. niedrig zu halten. Durch die zusätzliche Europäisierung des Arbeitsmarktes wird dieses Problem sogar verschärft, wird doch die Zahl der Nachfragenden – die auch bereit sind für geringere Löhne zu arbeiten – größer. Interessant ist, dass diese Entwicklung sich wohl nur auf diesen Sektor auswirkt und die Unterteilung des Arbeitsmarktes noch vertieft, könnten sich doch die Möglichkeiten für gut ausgebildete Fachkräfte sogar verbessern. Allerdings sind die sozialen Folgen auch hier offensichtlich: Die bereits von unsicheren Arbeitsverhältnissen bedrohten Bevölkerungsgruppen sind aufgrund der Billiglohnstrukturen nicht in der Lage finanzielle Absicherungen für die fast unausweichlichen Krisenzeiten anzuspüren, was einen Fall *in die wiederholte temporäre Armut* wahrscheinlich werden lässt.

Es entwickeln sich *Arbeitslosigkeitskarrieren*, die sich durch eine stetige Arbeitsplatzunsicherheit, Kurzfristigkeit der Beschäftigungsverhältnisse und lange Phasen der Erwerbslosigkeit auszeichnen. „Bei einer Untersuchung mit 3000 Langzeitarbeitslosen dauerten nach 50 Monaten in den alten Bundesländern bei 50 Prozent die Arbeitslosigkeitsphasen an, 30% waren selbst nach 175 Monaten (d.h. über 14 Jahren) noch immer arbeitslos“ (Gilberg/Hess/Schröder 1999: 284). Auch andere Studien stützen die Beobachtung eines hohen Anteils bereits *verfestigter Arbeitslosigkeitskarrieren* (zumeist Mehrfach- und Dauerarbeitslose) unter Langzeitarbeitslosen (vgl. Engel/Pötschke 1997; Kuhnert, 2000: 396-397). Dies verweist auf eine neue soziale Randschicht in der deutschen Bevölkerung.

Dabei sind sowohl Frauen als auch Ostdeutsche von diesem Schicksal stärker betroffen als Männer und Westdeutsche. So finden sich in Ostdeutschland nicht nur mehr Arbeitslose, sie sind auch im Durchschnitt länger arbeitslos und öfter davon betroffen. So waren in Ostdeutschland insgesamt 34 % in den letzten 10 Jahren arbeitslos gewesen, während es in Westdeutschland 23 % waren. Abgesehen von den mentalen Folgen, die sich aus dieser Wahrnehmung ergeben, deuten diese Ergebnisse auch auf eine soziale Ungleichheit der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit hin.

4. Die ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit

Wie bereits zum Anfang des Beitrages angedeutet, ist die Arbeitslosigkeit nicht nur regional, sondern insbesondere auch *sozial ungleich verteilt*. Gerade Personen mit einer niedrigeren formalen Bildung sind besonders stark von der *Gefahr der Arbeitslosigkeit* betroffen. Nicht selten wird bereits von einer so genannten *Drittel-Gesellschaft* gesprochen, in der zwei Drittel der Bürger am Arbeitsmarkt partizipieren und sich ein gewisses Maß an Wohlstand leisten können, während ein Drittel aus diesem Arbeitsmarkt heraus fällt bzw. von zumindest temporärer Arbeitslosigkeit betroffen ist – und negative soziale Folgeerscheinungen erfährt. Dieses letzte Drittel zeichnet sich u.a. durch niedrige formale Bildung, geringere soziale Netzwerke und der Zugehörigkeit zu sozialen „Problemgruppen“ (Ausländer, Migranten aber auch Frauen, Berufseinsteiger und ältere Arbeitnehmer über 55) aus. Sie haben es schwerer auf dem Arbeitsmarkt Erfolg zu haben und stehen vor einem größeren Risiko den einmal erhaltenen Job wieder zu verlieren – oder erst gar keinen zu erhalten. Oftmals erfolgt dabei eine *„soziale Vererbung“* der Arbeitslosigkeitsgefährdung. Bereits die Eltern lebten in dieser Gefährdungslage; und auch ihre Kinder rutschen relativ schnell in unsichere und unterbezahlte Beschäftigungsverhältnisse, die sie über kurz oder lang anfällig für einen oder mehrere Erwerbsverluste machen. Der Bildungsstand und die soziale Herkunft erweisen sich dabei als wesentliche Prädiktoren für den weiteren Lebensverlauf, was die Position auf dem Arbeitsmarkt angeht.³

Abbildung 7 belegt das Niveau der Schlechterstellungen, welche Arbeitslose gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt hinnehmen müssen. Dabei wird deutlich, dass sich nicht nur die aktuelle Ein-

³ Allerdings dürfen diese Erkenntnisse nicht mit einer kohortenspezifischen Arbeitslosigkeit gleichgesetzt werden. In der Regel handelt es sich bei Arbeitslosigkeit – auch aufgrund der konjunkturellen Zyklen – um ein Periodenphänomen.

kommenssituation maßgeblich verschlechtert, sondern dies auch meist Bevölkerungsgruppen trifft, die auf geringere Ressourcen zur Absicherung dieser Situation zurückgreifen können. Es liegt seltener Wohneigentum vor und auch finanzielle Rücklagen existieren kaum oder in sehr geringem Umfang. Letztere sind dann relativ schnell aufgebraucht und führen zu der Gefahr eines Abrutschens in die temporäre oder gar manifeste Armut. Dies wird noch von dem Umstand begleitet, dass die zwischenzeitlichen Arbeitsverhältnisse oftmals eher gering entlohnt werden und somit keine finanziellen Rücklagen ausgebildet werden können. Die Folge ist in nicht wenigen Fällen die *Verarmung* der Familien und Haushalte. Arbeitslosigkeit ist folglich kein isoliertes Phänomen. Häufig ist es mit fundamentalen *sozioökonomischen Schlechterstellungen* der betroffenen Personen und Familien verbunden.

Abb. 7: Profile der Arbeitslosigkeit

	<i>EK</i>	<i>HHEK</i>	<i>Abitur</i>	<i>Wohneigentum</i> <i>2004</i>	<i>Mietbelastung in %</i> <i>des HHEK 2004</i>
<i>West</i>					
Bevölkerungsdurchschnitt	1545	2604	20%	43,4	27,2
Arbeitslose	685	1184	-11	26,7	35,1
<i>Ost</i>					
Bevölkerungsdurchschnitt	1214	2145	19%	32,9	25,5
Arbeitslose	483	1120	-13	32,8	30,0

Quelle: Allbus 2006, eigene Berechnungen; Wohneigentum Datenreport 2006: 493, 500; EK = persönliches Nettoeinkommen; HHEK = Haushaltsnettoeinkommen.

Zu den finanziellen Beeinträchtigungen, treten starke psychische Belastungen. Von Arbeitslosigkeit betroffene Familien sind signifikant stärker von Eheproblemen und *Scheidung* betroffen (Allbus 2006: $r=0.12$). Auch Physis und Psyche der Betroffenen leiden. So wurde in Studien für Langzeitarbeitslose sowohl eine deutlich stärkere Gefährdung für *gesundheitliche Einschränkungen* als auch ein erkennbares Absinken des Selbstwertgefühls festgestellt (vgl. Wacker/Kolobkova 2000: 76). Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit stellt für die Betroffenen damit einen psychosozialen Stressfaktor ersten Ranges dar. Grund ist, dass die Arbeitslosigkeit im Regelfall außerhalb der eigenen Kontrollierbarkeit liegt, aber individuell verarbeitet werden muss. Es ergibt sich sogar ein Folgeproblem: Die stärkere Anfälligkeit für Erkrankungen gefährdet wiederum neue Arbeitsverhältnisse und führt zu schwieriger Vermittelbarkeit, längerer Nichterwerbstätigkeit und letztendlich zu erneuter Arbeitslosigkeit. Es bildet sich ein Kreislauf der Arbeitslosigkeit und Armut aus, den die Betroffenen nur schwer entrinnen können.

Fazit: Personen, die von Arbeitslosigkeit betroffen werden, geraten in der Regel auch wesentlich häufiger in finanzielle Schieflagen. Zusammen mit der erhöhten Gefährdung von längerfristiger Arbeitslosigkeit und instabilen sowie teils schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen (z.B. im Niedriglohnssektor) führt dies zu der eigentlichen Problematik, die Arbeitslosigkeit auslöst – die Gefahr von *Armutsbetroffenheit*. Dies prägt einen spezifischen *Lebensstil* aus, der auf das Überleben und den Umgang mit Armut und Arbeitslosigkeit ausgerichtet ist. Diskontinuierliche Erwerbsverläufe und die dauerhafte Gefährdung der einmal aufgenommenen Erwerbstätigkeit sind für diese Personengruppen natürlich. „Man muss damit rechnen, dass ein weitgehend deregulierter Arbeitsmarkt und die Privatisierung der Vorsorge für Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit im Bereich niedriger Einkommen und unsicherer Beschäftigungsverhältnisse Milieus am Rande des Existenzminimums entstehen lässt.“ (Beck 2000: 64).

5. Die subjektiven Begleitbedingungen von (drohender) Arbeitslosigkeit

Doch nicht nur die Arbeitslosigkeit selbst stellt ein soziales Problem dar. Die für das Individuum lauende *Gefährdung* des Arbeitsplatzverlustes erweist sich mindestens als genauso problematisch für die Lebensführung des Einzelnen. Anders als noch vor wenigen Jahrzehnten kann man sich nicht mehr darauf verlassen, an dem Arbeitsplatz, an dem man beginnt, bis zu seiner Rente zu verbleiben. Das Ar-

beitsleben ist geprägt von vielen Arbeitsstellenwechselln mit allen Problemen, die damit verbunden sind. Teilweise sind diese Unsicherheiten absehbar und berufsgruppenimplizit. So zeigen die Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland immer wieder typische Ausschläge in den Wintermonaten, was auf die starke Abhängigkeit von der Baubranche mit ihren Jahreszeitabhängigkeiten verweist.

Die Chancen eine neue Stelle zu finden, hat man seine letzte erst einmal verloren, werden üblicherweise als nicht besonders hoch eingeschätzt (siehe Abb. 8). Nur kleinste Gruppen an Personen denken in West- und Ostdeutschland, dass es leicht sei, eine neue Stelle zu finden, die Mehrzahl sieht dies als einen schwierigen Vorgang an. Immerhin fast ein Drittel der Befragten hält es für praktisch unmöglich eine neue Stelle zu bekommen. Vor diesem Hintergrund sind Frustration und auch aufkeimende Hoffnungslosigkeit nach dem Verlust eines Arbeitsplatzes nicht überraschend.

Abb. 8: Einschätzung der Chancen auf eine neue Arbeitsstelle (Nichterwerbstätige)

	<i>Westdeutschland</i>			<i>Ostdeutschland</i>		
	<i>1994</i>	<i>1999</i>	<i>2004</i>	<i>1994</i>	<i>1999</i>	<i>2004</i>
leicht	12	15	12	5	5	5
schwer	55	51	64	55	60	63
praktisch unmöglich	33	34	22	40	35	32

Quelle: Datenreport 2006: 487.

Umgekehrt machen sich 2006 30 Prozent der Westdeutschen und über 40 Prozent der Ostdeutschen doch Sorgen hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes (Abb. 9). Nur etwas mehr als ein Drittel der Westdeutschen und gerade mal ein Viertel der Ostdeutschen sind in diesem Punkt völlig sorgenfrei. Doch selbst diese empfinden es schwierig eine neue Stelle finden zu können. Dabei ist es wenig überraschend, dass die Eigeneinschätzung der Wahrscheinlichkeit, sich eine neue Arbeitsstelle suchen zu müssen, sowie die Beurteilung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes mit den Sorgen korrespondieren.

Abbildung 10 verdeutlicht, dass auch die Sorgen sozial ungleich verteilt sind. So können diejenigen, welche sich in der Gefahr eines Beschäftigungsverlustes sehen, in geringerem Ausmaß auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen. Ihr Verdienst ist bereits vorher niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt und in der Regel können sie nur begrenzt Rücklagen bilden, die sie dann in einer nachfolgenden Arbeitslosigkeit absichern können.

Abb. 9: Subjektive Arbeitsmarktbeurteilung

<i>Anteil der Besorgten</i>		<i>Hohe Wahrscheinlichkeit neue Stelle suchen zu müssen</i>	<i>Leicht ersetzbar am Arbeitsplatz</i>	<i>Schwer neue Stelle zu finden</i>
	<i>West</i>			
(37 + 33)	Gesamtmittel	16	40	70
22	Etwas Sorgen	15	50	82
8	Große Sorgen	42	63	82
	<i>Ost</i>			
(24 + 34)	Gesamtmittel	13	39	79
29	Große Sorgen	14	44	82
13	Etwas Sorgen	33	64	100

Quelle: Allbus 2006, eigene Berechnungen; Anteile in Klammern Spalte 1 sind keine + wenig Sorgen.

Abb. 10: Lebensstile der Arbeitsmarktintegration

	<i>EK</i>	<i>HHEK</i>	<i>Abitur</i>	<i>Arbeiteranteil</i>	<i>Geschieden</i>
<i>West</i>					
Gesamtmittel	1545	2604	20%	32%	
Arbeitslose	685	1184	-11	-	+5
Große Sorgen	1142	2103	-5	52%	+4
Etwas Sorgen	1394	2154	-10	49%	+7
<i>Ost</i>					
Gesamtmittel	1214	2145	19%	45%	
Arbeitslose	483	1120	-13	-	+2
Große Sorgen	879	1705	-5	66%	+1
Etwas Sorgen	1063	1923	-5	49%	+9

Quelle: Allbus 2006, eigene Berechnungen; Wohneigentum Datenreport 2006: 493, 500.

Bemerkenswert ist sicher auch, dass gerade die Personen mit großen Bedenken hinsichtlich eines Arbeitsplatzverlustes weit überdurchschnittlich häufig von Scheidungen und Familienproblemen betroffen sind. Dies verdeutlicht noch einmal die problematische psychische und persönliche Lage, in die man bereits beim Drohen von Arbeitslosigkeit gerät. All diese Punkte verweisen auf eine *Verknüpfung* von strukturellen Problemen, die der Arbeitsmarkt vorgibt, mit den *Biographien der Menschen*, die von diesen strukturellen Veränderungen betroffen sind. Nicht nur die Lebensstrukturen, auch die Lebensstile und die Lebensführung der Menschen in Deutschland – und auch darüber hinaus in Europa – unterliegen diesen Entwicklungen. Die daraus entstehenden Herausforderungen an die Politik werden bislang noch durch den Verweis auf die Lösungsmöglichkeiten des Marktes beantwortet. Noch wird dies seitens der Betroffenen akzeptiert, wurde doch die *Eigenzuschreibung* der Problemlagen in der Leistungsgesellschaft internalisiert. Dies drückt sich in Zustimmungsraten von 60 Prozent zu Antwortvorgaben, wie „Jeder sollte besser für sich selbst sorgen“ und „Einkommensdifferenz erhöht die Motivation“ aus.

Abb. 11: Zuschreibung der Arbeitslosigkeit 2004

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Besser jeder für sich selbst sorgen	59	63
Soziale Sicherung reduziert Arbeitswillen	57	35
Einkommensdifferenz erhöht Motivation zur Arbeit	63	47
Rangunterschiede sind akzeptabel	60	41
Unternehmergewinne fördern Wirtschaft	74	64

Quelle: Eigene Berechnungen Allbus 2006.

Dies kann als Hinweis auf eine – in Marktwirtschaften verbreitete – *Individualisierung von Arbeitslosigkeit* angesehen werden. Der Arbeitslose ist entsprechend für seine Situation selbst verantwortlich und muss die Folgen gleichfalls selbst tragen. Die sozialen Hilfen des Staates sind in diesem Zusammenhang eine Freundlichkeit, aber kein wirkliches Anrecht des Individuums. Es herrschen folglich immer noch *Wertstrukturen* fort, die die Bedeutung von Arbeit für das Leben bekräftigen.

Ob dies dauerhaft so bleibt und die Verweise auf die Lösungskapazitäten des Marktes ausreichend sind, bleibt abzuwarten. Die sozialen Folgen, welche aus den beschriebenen Entwicklungen entstehen, lassen einen Bedarf nach Leistungen für die Betroffenen entstehen. So muss man in Zukunft mit einer

Gesellschaft rechnen, die immer mehr soziale Ungleichheit aufweist und ein Drittel der Bürger vom Fortschritt abgekoppelt werden. Bei letzteren scheint der von Ulrich Beck beschriebene Fahrstuhleffekt des Wohlstandes nicht mehr anzukommen.

6. Fazit – die Zukunft und die Probleme

Fassen wir zusammen: Arbeitslosigkeit erweist sich als ein vielschichtiges Phänomen, welches Probleme auf ganz unterschiedlichen Ebenen aufwirft. So ist Arbeitslosigkeit

- ein **finanzielles Problem** für die betroffenen Haushalte (*Gefahr von Armut*)
- ein **strukturelles Problem** für die Volkswirtschaft (*Belastung der Volkswirtschaft*)
- ein **gesellschaftliches Problem** durch die Reproduktion und Verbreitung sozialer Ungleichheit (*soziale Ungleichheit*)
- ein **soziales Problem** für Familien und Individuen aufgrund ihrer Belastungsstruktur (*Gefährdung des Zusammenlebens*)
- ein **politisches Problem** im Sinne der Bearbeitung und der Folgen für die gesellschaftliche Wertestruktur (*Gefährdung der Demokratie und Politikverdrossenheit*)
- ein **mentales Problem** für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Individuen (*Krankheit und psychische Probleme*)
- ein **persönliches Problem** im Sinne ihrer individuellen Zuschreibung und des persönlichen Risikos (*Individualisierung des Risikos*)

Dabei wird Arbeitslosigkeit auch in der Zukunft ein *Dauerproblem* moderner Gesellschaften bleiben.

- 1) Weitergehende *Rationalisierungsprozesse* werden die Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Produktionssektor zunehmend reduzieren. Doch auch der Dienstleistungssektor wird durch Rationalisierungsprozesse getroffen werden, die sich entweder in einer geringeren Zahl an Arbeitsplätzen oder in einer steigenden Zahl an Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnssektor ausdrücken werden.
- 2) Zum einen wird der *Flexibilitätsdruck* auf die Arbeitnehmer weiter anwachsen. Kaum ein Teilnehmer am Arbeitsmarkt wird mittelfristig in der Lage sein sich regionalen oder sektoralen Anforderungen zu entziehen. Bei fehlender Flexibilität droht der Fall in einen „abgehängten“ Bevölkerungsanteil.
- 3) Die *soziale Ungleichheit* in der Gesellschaft wird sich zunehmend verschärfen. Es wird zu einer Trennung zwischen den Gruppen, die Arbeit haben und Wohlstand akkumulieren können, Gruppen, die Arbeit haben und gerade davon leben können und Gruppen, die sich durch Arbeitslosigkeitskarrieren auszeichnen, kommen. Davon sind insbesondere Langzeitarbeitslose betroffen.
- 4) Der in der Leistungsgesellschaft übliche individuelle *Zuschreibungsmodus* für Arbeitslosigkeit wird möglicherweise in verschiedenen Gruppen unter Druck kommen. D.h., die bislang vorherrschende Individualisierung der Verantwortung für die eigene soziale Lage wird möglicherweise durch die Ausbreitung von zunehmender Politikverdrossenheit Rückwirkungen auf der politischen Ebene auslösen. Vermehrt wird sich die Politik fragen müssen, inwieweit sie nicht doch stärker soziale Leistungen zur Verfügung und die bislang oft unhinterfragten Mechanismen der Marktwirtschaft in Frage stellt. Dies betrifft gerade die aus ihr resultierende verschärfte soziale Ungleichheit, der sie durch Umverteilungsmaßnahmen und Kontrolle der Wirtschaft begegnen müsste.
- 5) Der Arbeitsmarkt wird sich durch *Globalisierung* und *Europäisierung* teilweise verändern. Auf dem Niedriglohnssektor werden sich die Probleme verschärfen, bei Berufen mit technischer Aus-

richtung wird die Nachfrage sich ausweiten und dazu führen, dass Arbeitsplätze außerhalb Deutschlands attraktiv werden. Bei verstärkter Annahme dieser Angebote werden auch deutsche Arbeitgeber hier ihre Angebote verbessern müssen.

- 6) Zudem wird allerdings der Arbeitsmarkt im Rahmen voranschreitender *Globalisierungsprozesse* zunehmend von den konjunkturellen Schwankungen der internationalen Märkte abhängig werden. Nationale Eingriffe werden immer weniger für die Arbeitsmarktentwicklung bedeutsam, werden sie überhaupt bei dem extrem starken Vertrauen in die Selbstregelungskräfte der Marktwirtschaft vorgenommen.
- 7) Generell muss von einer sich *ausbreitenden Zahl an Langzeitarbeitslosen* ausgegangen werden, die dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgekoppelt werden. Dies betrifft dabei ganz spezielle Bevölkerungsschichten und führt zu *sozialen Milieus*, die durch Arbeitslosigkeit, Niedriglohn, wechselnde Beschäftigungsverhältnisse und Armut gekennzeichnet werden.

Arbeitslosigkeit wird damit ein dauerhaftes Problem der modernen Gesellschaften bleiben, da von einem *Ende der Vollzeitbeschäftigung* auszugehen ist. Inwieweit dieser Entwicklung durch eine Ausweitung von Teilzeitarbeit zu begegnen ist, bleibt abzuwarten. Die bislang als gültig erachtete Gleichung: „Mehr Wachstum = Mehr Arbeitsplätze“ scheint nicht mehr in dem gewohnten Ausmaß zu funktionieren (Beck 2000: 20). Aufgrund der mannigfaltigen Konsequenzen für die Individuen, muss sich die Gesellschaft aber entscheiden, wie sie mit diesem Problem umgeht – entweder durch die weitergehende Individualisierung der Arbeitslosigkeitsgefahr und damit verbundener sozialer Ungleichheit bzw. Armut, oder aber durch soziale Umverteilung und Einschränkung von bislang allgemein anerkannten Prinzipien der Marktwirtschaft.

Literatur

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (1980-2006)

Beck, U. (2000): Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigung beginnt. In: Beck, U. (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit und Demokratie. Frankfurt/Main: 7-66.

Beck, U. (Hrsg.) (2000): Die Zukunft der Arbeit und Demokratie. Frankfurt/Main.

Bundesagentur für Arbeit (2005-2007): Arbeitsmarkt in Zahlen – Aktuelle Daten. Berlin.

Dundler, A./Müller, D. (2006): Ein Leben ohne Arbeitslosigkeit – nur noch Fiktion? In: IAB-Kurzbericht 27: 1-5.

Engel, U./Pötschke, M. (1997): Erwerbsbiographien in Deutschland: Eine Panelanalyse zur Stabilität von Arbeitslosigkeitskarrieren. In: Klein, G./Strasser, H. (Hrsg.): Schwer vermittelbar. Zur Theorie und Empirie der Langzeitarbeitslosigkeit. Opladen: 43-68.

Geißler, R. (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden (4. Auflage).

Gilberg, R./Hess, D./Schröder, H. (1999): Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Chancen und Risiken im Erwerbsverlauf. In: MittAB 3: 281-299.

Kuhnert, P. (2000): Bewältigungskompetenzen und Beratung von Langzeitarbeitslosen. Dortmund.

Schwenk, O. G. (1999): Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1994): Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2000): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Vester, M. (2006): Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik. Aus Politik und Zeitgeschichte 44-45: 10-17.

Vobruba, Georg (2007): Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Wiesbaden.

Wacker, A./Kolobkova A. (2000): Arbeitslosigkeit und Selbstkonzept – ein Beitrag zu einer kontroversen Diskussion. In: Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie 44/2: 69-82.